

Richtlinien des Regierungsrates des Kantons Thurgau für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode **2016 – 2020**

Impressum

Herausgeber: Kanton Thurgau, Staatskanzlei, 8510 Frauenfeld

Bildkonzept und Gestaltung: Barbara Ziltener, Frauenfeld

Fotos: fotolia.com

Druck: Sonderegger Publish AG, Weinfelden

Art.-Nr. 01.014.16

1. Vorwort

Geschätzte Thurgauerinnen und Thurgauer

Kaum jemandem dürfte der französische Verleger Emile de Girardin geläufig sein. Allgegenwärtig ist aber seine Aussage «Gouverner, c'est prévoir». Genau diesen Auftrag erteilt uns auch die Verfassung, die vorausschauendes Handeln und sorgfältige Planung voraussetzt. Mit der Planung des eigenen Vorgehens, um die massgeblichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele zu erreichen, und mit der Berücksichtigung derjenigen Faktoren, die in die eigenen Aktionen hineinspielen können, erfüllt der Regierungsrat die Aufgabe, welche Verfassung und Politik von ihm erwarten, nämlich strategisches Denken über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus. Die Erkenntnisse und Absichten des Regierungsrates für die kommenden vier Jahre bilden Inhalt der vorliegenden Regierungsrichtlinien 2016–2020.

Man kann nicht alles vorhersehen – man weiss, dass man vieles noch nicht weiss, ja dass es Dinge und Entwicklungen gibt, von denen man noch gar nicht weiss, dass man sie nicht weiss. Gleichwohl sind aus heutiger Sicht die erkennbaren Handlungsfelder und wesentlichen Massnahmen für die kommenden Jahre festzulegen. Ausgehend von einem intensiven Analyseprozess und dem

Spannungsbogen von Thurgauer Eigenschaften und Tugenden hat der Regierungsrat seine Schwerpunkte gegenüber der vorangegangenen Legislatur in der Zahl etwas reduziert und vier massgebliche Bereiche für die Richtlinien identifiziert. Sie sind ihm ein wichtiges und unentbehrliches Instrument, um den Kanton zu fördern und weiterzuentwickeln. Dabei folgt der Aufbau einer stringenten Ableitung von Herausforderungen, Zielbestimmungen und Massnahmen. Es zeichnet sich ab, dass sich der Kanton einem verschärften Wettbewerb stellen, sich in seiner föderalen Stellung behaupten und seine Handlungskompetenzen wahren muss. Äussere Einflüsse wie die demografische Entwicklung, Migrationsbewegungen, steigende Mobilitätsbedürfnisse oder ein sich veränderndes Lebensumfeld verlangen nach einer geschickten Nutzung von Chancen und einer ausgewogenen Steuerung der Entwicklungen. Gerade eine sich abzeichnende Ressourcenknappheit und ein verstärkter Druck auf den Lebensraum erfordern innovative Lösungen, um die Lebensgrundlagen, die Kulturlandschaft und die Infrastrukturen zu erhalten und zu fördern. Zur Bewältigung der Herausforderungen ist dabei die stete Aus- und Weiterbildung aller Bevölkerungsgruppen und die Nutzung neuer Technologien unabdingbar. Der Regierungsrat will sich an seinen Zielen auch messen lassen und integriert die Rapportierung zur Massnahmenumsetzung in seine jährliche Berichterstattung. Damit sind ein wirkungsvolles Controlling und die Information gegenüber Grosse Rat und Öffentlichkeit gewährleistet.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass er nicht allein agieren kann, sondern sich im Verbund mit anderen befindet und Kräftebündelungen suchen muss. Dafür sind Netze erforderlich: Netze, um zu verbinden, Netze, um zu übertragen, Netze, um zu umfassen und heranzuziehen, Netze, um den Kontakt von Mensch zu Mensch zu knüpfen. Das Netz als Symbol begleitet denn auch bildlich diese Regierungsrichtlinien.

Die vorliegenden Richtlinien wurden im Vergleich zu den vorangegangenen in Aufbau und Umfang gestrafft. So ziehen kurze Schlaglichter die Leserschaft in die nachfolgenden Themen hinein und ersetzen so die früheren Grundlagen. Im Aufbau wurde sodann auf besondere Subziele der Departemente verzichtet, wodurch der Umsetzungsfokus auf die regierungsrätlichen Ziele konziser und sichtbarer wird. Die Massnahmen richten sich nun ausschliesslich an der strategischen Ebene des Regierungsrates aus und bleiben auch sprachlich kurz gefasst. Im Anhang findet sich der Rückblick zu den Zielen der vergangenen Legislaturperiode. Der Regierungsrat kann mit Genugtuung feststellen, dass die für die Jahre 2012–2016 gesteckten Ziele weitgehend erreicht sind. Er erkennt nicht, dass dies nur dank gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten, insbesondere auch des Grossen Rates, möglich war, und dankt für das gemeinsame Engagement.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass der Kanton Thurgau mit Einbezug aller gesellschaftlichen Kräfte auch in den kommenden vier Jahren erfolgreich voranschreiten wird. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die ganze Thurgauer Bevölkerung und die Thurgauer Wirtschaft entlang der vorgelegten Schwerpunkte nach Kräften zur konstruktiven Bewältigung der Zukunft beitragen werden, ganz im Sinn von Emile de Girardins «Gouverner, c'est prévoir».

Der Regierungsrat

Monika Knill, Präsidentin

Chefin Departement für Erziehung und Kultur

Carmen Haag, Vizepräsidentin

Chefin Departement für Bau und Umwelt

Cornelia Komposch

Chefin Departement für Justiz und Sicherheit

Dr. Jakob Stark

Chef Departement für Finanzen und Soziales

Walter Schönholzer

Chef Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Dr. Rainer Gonzenbach

Staatsschreiber

Frauenfeld, 7. Juni 2016

1.1 Inhaltsverzeichnis

4	1.	Vorwort
6	1.1	Inhaltsverzeichnis
8	1.2	Abkürzungsverzeichnis
10	2.	Zahlen und Fakten
16	3.	Leitlinien
20	4.	Schwerpunkte des Regierungsrates
20	4.1	Schwerpunkt 1: Spielräume nutzen und erweitern
22	4.1.1	Herausforderungen
22	4.1.2	Ziel
23	4.1.3	Massnahmen
23	4.1.3.1	Staatskanzlei
23	4.1.3.2	Departement für Inneres und Volkswirtschaft
23	4.1.3.3	Departement für Erziehung und Kultur
24	4.1.3.4	Departement für Justiz und Sicherheit
24	4.1.3.5	Departement für Bau und Umwelt
24	4.1.3.6	Departement für Finanzen und Soziales
26	4.2	Schwerpunkt 2: Chancen erkennen und Entwicklungen steuern
28	4.2.1	Herausforderungen
28	4.2.2	Ziel
29	4.2.3	Massnahmen
29	4.2.3.1	Staatskanzlei
29	4.2.3.2	Departement für Inneres und Volkswirtschaft
29	4.2.3.3	Departement für Erziehung und Kultur
30	4.2.3.4	Departement für Justiz und Sicherheit
30	4.2.3.5	Departement für Bau und Umwelt
30	4.2.3.6	Departement für Finanzen und Soziales

32	4.3	Schwerpunkt 3: Ressourcen erhalten und entwickeln
34	4.3.1	Herausforderungen
34	4.3.2	Ziel
35	4.3.3	Massnahmen
35	4.3.3.1	Staatskanzlei
35	4.3.3.2	Departement für Inneres und Volkswirtschaft
35	4.3.3.3	Departement für Erziehung und Kultur
36	4.3.3.4	Departement für Justiz und Sicherheit
36	4.3.3.5	Departement für Bau und Umwelt
36	4.3.3.6	Departement für Finanzen und Soziales
38	4.4	Schwerpunkt 4: Wissen und Können erschliessen und nutzen
40	4.4.1	Herausforderungen
40	4.4.2	Ziel
41	4.4.3	Massnahmen
41	4.4.3.1	Staatskanzlei
41	4.4.3.2	Departement für Inneres und Volkswirtschaft
41	4.4.3.3	Departement für Erziehung und Kultur
42	4.4.3.4	Departement für Justiz und Sicherheit
42	4.4.3.5	Departement für Bau und Umwelt
42	4.4.3.6	Departement für Finanzen und Soziales
44	5.	Anhang
46	5.1	Rückblick RRL 2012–2016
59	5.2	Wichtige Bundesvorhaben mit Auswirkung auf die Kantone
62	5.3	Geplante kantonale Gesetzesvorhaben

1.2 Abkürzungsverzeichnis

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
BBi	Bundesblatt
BTS	Bodensee-Thurtalstrasse
EL	Ergänzungsleistungen
EU	Europäische Union
GABM	Gefahrenabwehr und Bedrohungsmanagement
IBK	Internationale Bodenseekonferenz
ICT	Information and Communication Technology
Interreg	Integration der Regionen im europäischen Raum
IT	Informationstechnik
IV	Invalidenversicherung
IVöB	Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
KASAK	Kantonales Sport- und Freizeitanlagenkonzept
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
KIP 2	Zweites kantonales Integrationsprogramm
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KV	Kantonsverfassung
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik
MuKE	Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich
NAF	Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
NRP	Neue Regionalpolitik
OLS	Oberlandstrasse
ORK	Ostschweizer Regierungskonferenz
PHTG	Pädagogische Hochschule Thurgau
PRE	Projekte Regionale Entwicklung
RB	Thurgauer Rechtsbuch
RPG	Raumplanungsgesetz
RRL	Regierungsrichtlinien
SR	Systematische Rechtssammlung des Bundes
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
ZGB	Zivilgesetzbuch





Zahlen und Fakten

2. Zahlen und Fakten

Bevölkerung wächst durch Zuwanderung

266'510

Menschen wohnten Ende 2015 im Kanton Thurgau, 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit Jahren wächst die Thurgauer Bevölkerung stärker als jene der Gesamtschweiz. Zuzüge aus dem Ausland und aus anderen Kantonen tragen deutlich stärker dazu bei als der Geburtenüberschuss.

www.statistik.tg.ch

Mehr ältere Menschen

3,2

Prozent – um so viel stieg die Zahl der 65-Jährigen und Älteren allein im Jahr 2015. Seniorinnen und Senioren sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Im Jahr 2030 dürfte jede bzw. jeder Vierte im Rentenalter sein. Die Zahl der Hochbetagten, also der 80-Jährigen und Älteren, wird sich bis 2030 nahezu verdoppeln.

www.statistik.tg.ch

Geburtenzahlen steigen wieder

2'785

Kinder wurden im Jahr 2015 geboren. Seit zehn Jahren nehmen die Geburtenzahlen in der Thurgauer Bevölkerung wieder zu. Dies führt, zusammen mit dem Zuzug junger Familien, zu wieder steigenden Schülerzahlen an Thurgauer Schulen.

www.statistik.tg.ch, www.bista.tg.ch

Multikulturelle Gesellschaft

10

Prozent – bei so vielen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern ist eine andere Sprache als Deutsch die Hauptsprache, also die Sprache, in der sie denken und die sie am besten beherrschen. Ende 2015 waren 24 Prozent der Thurgauer Wohnbevölkerung Ausländerinnen und Ausländer, davon ein Drittel deutsche Staatsangehörige. 15 Prozent der Thurgauerinnen und Thurgauer mit Schweizer Pass haben einen Migrationshintergrund.

www.statistik.tg.ch

Vielfältige Formen des Zusammenlebens

7'813

Haushalte mit fünf oder mehr Personen gab es Ende 2014. Dies sind sieben Prozent aller Privathaushalte. Fast jeder dritte Haushalt ist ein Einpersonenhaushalt. In 31 Prozent der Thurgauer Haushalte lebt ein Paar mit Kind(ern), in fünf Prozent der Haushalte ein Elternteil mit Kind(ern).

www.statistik.tg.ch

Internet wird zum alltäglichen Medium

98

Prozent der Personen zwischen 20 und 30 Jahren nutzen das Internet regelmässig, 1997 waren es erst zwölf Prozent gewesen. 83 Prozent der erwachsenen Bevölkerung verwenden mehrmals pro Woche das Internet (1997: sieben Prozent). Die Nutzung im Rahmen von E-Commerce und der Digitalisierung von Maschinen und Prozessen setzt sich immer mehr durch.

www.bfs.admin.ch

Hin zur Dienstleistungsgesellschaft

7'300

Arbeitsplätze entstanden zwischen 2005 und 2013 im Thurgauer Dienstleistungssektor (in Vollzeitäquivalenten). Demgegenüber kam der industriell-gewerbliche Sektor zuletzt spürbar unter Druck. Der starke Schweizer Franken fordert die Thurgauer Unternehmen. In der Landwirtschaft setzt sich der Strukturwandel fort. Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe nimmt seit Jahren ab.

www.statistik.tg.ch

Starke Vernetzung mit EU-Ländern

71

Prozent der Thurgauer Exporte flossen 2015 in die EU-Länder. Fast ein Drittel der Exporte geht allein nach Deutschland. Die starke internationale Vernetzung des Kantons zeigt sich auch bei der Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die seit Jahren zunimmt. Ende 2015 arbeiteten beinahe 5'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger im Thurgau.

www.statistik.tg.ch

Netz der Sozialen Sicherheit ist gefordert

19,5

Prozent mehr Ergänzungsleistungen zur AHV als im Jahr 2010 wurden 2015 ausgeschüttet, bei den Ergänzungsleistungen zur IV waren es 16,5 Prozent mehr. Die Sozialhilfequote ist mit 1,7 Prozent (2014) vergleichsweise tief. Trotzdem nahmen die Sozialhilfeausgaben der Thurgauer Gemeinden in den letzten Jahren netto zu, da Rückerstattungen durch vorgelagerte Instrumente spärlicher flossen.

www.svztg.ch, www.bsv.admin.ch, www.statistik.tg.ch

Gesundheitskosten belasten Staatsfinanzen

18,8

Prozent der Staatsausgaben entfielen im Jahr 2015 auf das Gesundheitswesen, im Jahr 2010 waren es noch 12,6 Prozent gewesen. Die Staatsrechnung 2015 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 7,8 Mio. Franken. Damit ist die Rechnung nach drei Jahren mit Aufwandüberschüssen wieder positiv. Der Druck auf die Staatsfinanzen wird in den nächsten Jahren weiter hoch bleiben, insbesondere durch die steigenden Spital- und Gesundheitskosten.

www.finanzverwaltung.tg.ch

Siedlungsdruck hat zugenommen

39'137

Einfamilienhäuser standen Ende 2014 im Kanton Thurgau. Fast zwei von drei Gebäuden mit Wohnnutzung sind Einfamilienhäuser. Mehr als jedes fünfte Einfamilienhaus entstand nach dem Jahr 2000.

Zwischen den Jahren von 1996 bis 2008 hat sich die Siedlungsfläche im Kanton Thurgau um 12 km² oder elf Prozent ausgedehnt. Dies ging vor allem auf Kosten der landwirtschaftlichen Fläche.

www.statistik.tg.ch

Steigende Mobilitätsbedürfnisse

55

Prozent – um so viel stieg zwischen 2005 und 2015 die Zahl der im öffentlichen Verkehr beförderten Passagiere. Auch der Verkehr auf den Thurgauer Kantonsstrassen nimmt Jahr für Jahr zu (2015: +0,8 Prozent). Parallel dazu erhöht sich der Motorfahrzeugbestand jährlich um 2 bis 3 Prozent. Thurgauerinnen und Thurgauer legten im Jahr 2010 70 Prozent ihrer Tagesdistanz mit dem Auto oder Motorrad zurück, 20 Prozent mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Auf den Langsamverkehr entfielen 7,5 Prozent der täglich zurückgelegten Strecke.

www.ovt.tg.ch, www.tiefbauamt.tg.ch,
www.statistik.tg.ch

Spitzenreiter

10,1

Gebäude pro 1'000 Einwohner sind im Thurgau in einem Minergie-Standard gebaut oder saniert. Das ist mehr als das Doppelte des schweizerischen Durchschnitts (4,8). Der Thurgau liegt damit im interkantonalen Vergleich mit Abstand an der Spitze. Minergie-Gebäude weisen gegenüber den gesetzlichen Energieanforderungen an die Gebäudehülle bis zu 40 Prozent bessere Werte auf.

www.minergie.ch

Ressourcen besser nutzen: Abfälle sind Wertstoffe

488

Kilo Siedlungsabfälle fielen im 2014 pro Einwohnerin und Einwohner im Kanton Thurgau an. Davon wurden 111 Kilo als Wertstoffe separat gesammelt. Rund 30 Prozent des Abfalls im Kehrichtsack ist biogener Abfall, der verwertet werden könnte. Etwa 290 Kilo Nahrungsmittel pro Person landen in der Schweiz jedes Jahr im Abfall. Ein Vier-Personen-Haushalt in der Schweiz gibt somit jährlich rund 2'000 Franken für Nahrungsmittel aus, die in der Mülltonne enden.

www.umwelt.tg.ch

Nachhaltig investiert

1'161'894'743

Franken haben Bauherren im Kanton Thurgau in den Jahren 2008 bis 2015 in die energietechnische Sanierung ihrer Gebäude oder in die Nutzung von Abwärme oder von erneuerbaren Energien investiert. Insgesamt wurden 12'085 Projekte realisiert. 70 Prozent der Aufträge gingen an Thurgauer Unternehmen, 29 Prozent an Unternehmen in anderen Kantonen und lediglich ein Prozent ins Ausland.

Datenbank Abteilung Energie





Leitlinien

3. Leitlinien

Der Kanton Thurgau weist gute Rahmenbedingungen aus, um die nächsten Jahre erfolgreich zu bewältigen: eine flexible und vielfältige Wirtschaftsstruktur ohne grosse Klumpenrisiken, eine niedrige Zahl an Arbeitssuchenden, einen hohen Grad an Sicherheit, ein über die Landesgrenzen hinaus vernetztes Bildungs- und Gesundheitswesen, eine bürgernahe und effiziente Verwaltung, einen stabilen Staatshaushalt, eine hohe Lebensqualität mit einem breiten Kultur- und Freizeitangebot und eine intakte Landschaft.

Dem Kanton Thurgau stellen sich aber auch Herausforderungen: das Bevölkerungswachstum, die Suche nach einem Ausgleich zwischen Nutzung und Schonung der natürlichen Landschaft, die Ansiedlung zukunftsfähiger und wertschöpfender Unternehmen und Unternehmensteile, der Erhalt von Arbeitsplätzen trotz schwieriger Währungssituation und die Bewältigung der demografischen Entwicklung.

Der Kanton Thurgau erfährt in der öffentlichen Wahrnehmung ausserhalb seiner Grenzen nur sporadisch die Aufmerksamkeit und die adäquate Beachtung für Leistungen und Errungenschaften seiner Bürgerinnen und Bürger und deren Institutionen. Im verstärkten Wettbewerb unter den Standorten für Arbeit, Wohnen und das Verbringen der Freizeit ist dem Aspekt der Kommunikation und der realistischen Darstellung der Stärken und Chancen vermehrt Beachtung zu schenken. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass den Kanton spannende Gegensätzlichkeiten auszeichnen. Den Thurgau und seine Bevölkerung zeichnen folgende Eigenschaften aus:

eigenständig und vernetzt

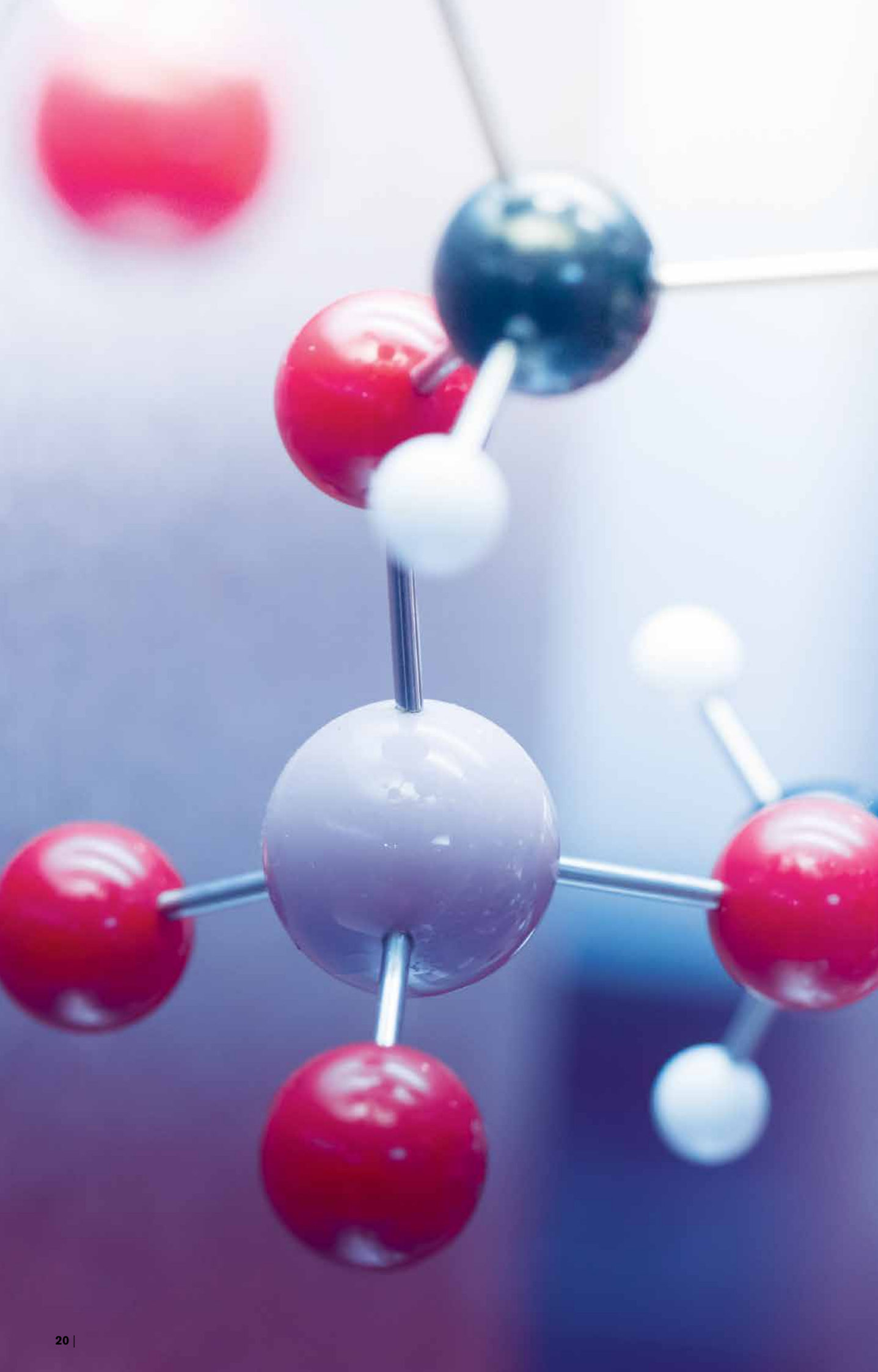
traditionell und innovativ

pragmatisch und visionär

Diese Thurgauer Eigenschaften erzeugen eine produktive Spannung und führen zu den folgenden Schwerpunkten:

-
- 1. Spielräume nutzen und erweitern**
 - 2. Chancen erkennen und Entwicklungen steuern**
 - 3. Ressourcen erhalten und entwickeln**
 - 4. Wissen und Können erschliessen und nutzen**
-

Diese vier Schwerpunkte setzen die Kompassnadel der Regierungsrichtlinien, jeweils in der Ableitung Herausforderungen – Zielbestimmung – Massnahmen. Ziele und Massnahmen stehen freilich immer unter dem Vorbehalt sich verändernder Rahmenbedingungen und unter demjenigen der personellen und finanziellen Ressourcen. Dabei soll der Blick nicht allein auf die Weiterentwicklung und Erschliessung neuer Aufgaben, sondern auch auf einen möglichen Verzicht und Reduktion bisheriger Leistungen gerichtet sein.





Schwerpunkte des Regierungsrates

Schwerpunkt 1 Spielräume nutzen und erweitern

4

4. Schwerpunkte des Regierungsrates

4.1 Schwerpunkt 1: Spielräume nutzen und erweitern

4.1.1 Herausforderungen

Die wirtschaftliche Vernetzung, insbesondere auch die Beziehungen der Schweiz zu EU-Ländern, beeinflussen Wirtschaftswachstum und Branchenstruktur im Kanton Thurgau unmittelbar. Zudem ist innerstaatlich eine Tendenz zu beobachten, dass die Kantone in ihrer Gestaltungsfreiheit beengt und in ihren bisherigen Kompetenzen beschnitten werden. Für den finanziellen Spielraum der Kantone kommt der Weiterentwicklung der NFA erhebliches Gewicht zu. In diesem Umfeld hat sich der Kanton Thurgau mit seinen schlanken, flexiblen Organisationsformen zu behaupten.

4.1.2 Ziel

Der Regierungsrat strebt ein effizientes Verwaltungshandeln mit bürgernahen Entscheiden an, unter Wahrung der Handlungskompetenz des Kantons und der Gemeinden sowie durch Kooperationen mit Nachbarn im In- und Ausland.

Der Regierungsrat identifiziert für die Festlegung von Massnahmen unter anderen folgende Themenfelder:



4.1.3 Massnahmen

4.1.3.1 Staatskanzlei

Der Kanton

- verstärkt die Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten.
- nutzt die Synergien, die sich aus dem gleichzeitigen Vorsitz der IBK und der Parlamentarierkonferenz Bodensee ergeben.
- pflegt und stärkt die interkantonale Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen.

4.1.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Der Kanton

- strebt optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft an.
- entwickelt seine arbeitsmarktlichen Massnahmen abgestimmt auf die nationalen Programme und passt sie laufend der wirtschaftlichen Situation an.
- stärkt die landwirtschaftlichen Betriebe im Hinblick auf eine marktorientierte Produktion und unter Berücksichtigung der ökologischen Vorgaben.
- fördert die Vernetzung aller Akteure in der Ernährungsbranche, von der Urproduktion bis zur Vermarktung.
- fördert erneuerbare Energien und Energieeffizienz (abgestimmt auf die Bundesstrategie) zum Nutzen der Thurgauer Bevölkerung und Wirtschaft.

4.1.3.3 Departement für Erziehung und Kultur

Der Kanton

- unterstützt die Gemeinden beim Ausbau der Frühen Förderung subsidiär.
- überprüft die Rahmenbedingungen des Beitragsgesetzes.
- verstärkt die kantonale Steuerung des sonderpädagogischen Angebots in den Schulgemeinden.
- überprüft und optimiert das Angebot der Sonderschulen.
- unterstützt den Zusammenschluss von Schulgemeinden, insbesondere die Bildung von Volksschulgemeinden.
- setzt sich für die langfristige Sicherstellung des prüfungsfreien Hochschulzugangs ein.
- stärkt den grenzüberschreitenden Bildungs- und Wissenschaftsstandort Konstanz-Kreuzlingen.
- wirkt der zunehmenden Reglementierung im Bereich der Berufsbildung entgegen.
- bereinigt das Kursangebot in der J+S-Kaderbildung in Zusammenarbeit mit den Ostschweizer Kantonen und den Sportverbänden.
- stärkt die Stellung der kantonalen Museen als bedeutende Erlebnis-, Bildungs- und Erfahrungsorte mit einer Museumsstrategie.
- verstärkt die Kooperation im Bodenseeraum und der Ostschweiz im Bereich der Kulturvermittlung und der Naturwissenschaften.

4.1.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit

Der Kanton

- baut die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung (Bekämpfung Cyber-Kriminalität) aus.
- setzt die Anpassungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches um und stellt die Mittel zur Verfügung.
- überprüft die Justizorganisation aufgrund der Erfahrungen mit den Schweizerischen Prozessordnungen seit 2011 und passt sie soweit nötig an.
- beteiligt sich an der Sicherheitsarchitektur Schweiz und nimmt Einsitz in den entsprechenden Gremien.
- stärkt die Ressourcen im Sicherheitsverbund Thurgau und auf interkantonaler Ebene mit Leistungsvereinbarungen und Fusionen.

4.1.3.5 Departement für Bau und Umwelt

Der Kanton

- erarbeitet eine kantonale Strategie im Umgang mit Agglomerationsprogrammen.
- überprüft den Flächenbedarf und die optimale Nutzung der Fläche in neu bezogenen, kantons-eigenen und zugemieteten Bauten institutionell.
- legt dem Grossen Rat einen Netzbeschluss für das ganze Kantonsstrassen- und -wegnetz vor.
- erarbeitet einen Aktionsplan für die Inwertsetzung von Waldleistungen.
- erarbeitet die Grundlagen für den Entscheid, ob künftig Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen einzig vom Kanton entschieden und vollzogen werden.

4.1.3.6 Departement für Finanzen und Soziales

Der Kanton

- richtet seine Finanzpolitik nach einem mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt und einem tiefen Wachstum seiner Ausgaben aus.
- überprüft die Grundlagen der Finanzkompetenzen im Hinblick auf ein zeit- und sachgerechtes sowie vorausschauendes Handeln.
- setzt sich auf nationaler Ebene für eine wirkungsvolle NFA ein, die den unterschiedlichen Ressourcenpotenzialen angemessen Rechnung trägt.
- nutzt die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III für steuerlich attraktive Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu fördern.
- unterstützt einen massvollen Steuerwettbewerb.
- setzt seine IV-Stelle durch aktiven Einbezug der Arbeitgeber als Instrument für eine erfolgreiche Eingliederung ein.
- stellt durch seine Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle den Täuschungs- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung sicher.
- wahrt in Zusammenarbeit mit den Behörden von In- und Ausland die Interessen der Lebensmittel exportierenden Thurgauer Betriebe.
- sorgt durch aktive Teilnahme am Nationalen Inspektionswesen für wettbewerbsneutrale Inspektionen der pharmazeutischen Unternehmen.
- beteiligt sich an der Ethikkommission Ostschweiz, um die klinische Forschung im Kanton zu fördern und den Patientenschutz zu garantieren.





Schwerpunkte des Regierungsrates

Schwerpunkt 2 Chancen erkennen und Entwicklungen steuern

4.2 Schwerpunkt 2: Chancen erkennen und Entwicklungen steuern

4.2.1 Herausforderungen

Die demografischen Entwicklungen und Migrationsbewegungen verändern die Anforderungen an staatliche Leistungen und Infrastruktur. Der Druck auf soziale Einrichtungen und das Gesundheitssystem steigt. Damit einher geht eine Veränderung in der Bereitschaft zu sozialem Engagement und eine sich verbreiternde kulturelle Diversität. Widerstrebende Bedürfnisse von stetig steigender Mobilität und Offenhaltung technologischen Entwicklungsspielraums einerseits sowie Bewahrung von intaktem und sicherem Lebensumfeld und Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts andererseits verlangen nach ausgewogener Steuerung. Der Kanton als Lebens- und Wirtschafts-

standort hat sich interkantonal und im internationalen Verbund zu behaupten; dabei öffnen sich auch erfolgversprechende Nischen, die besetzt werden können.

4.2.2 Ziel

Der Regierungsrat nutzt gesellschaftliche, politische und technologische Entwicklungen, welche die bisherigen Stärken nutzen und Schwächen eliminieren.

Der Regierungsrat identifiziert für die Festlegung von Massnahmen unter anderen folgende Themenfelder:



4.2.3 Massnahmen

4.2.3.1 Staatskanzlei

Der Kanton

- aktualisiert die kleinräumigen Bevölkerungsszenarien, überprüft die räumlichen Abgrenzungen und die Methodik und entwickelt sie weiter.
- stärkt und verbessert die statistischen Grundlagen für die Steuerung des Gesundheitswesens.
- sorgt für einen angemessenen und technisch realisierbaren Datenschutz.
- prüft die digitale Entwicklung auf ihre Anwendbarkeit in Verwaltungsabläufen.

4.2.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Der Kanton

- erstellt gestützt auf den Bahnfahrplan 2019 ein Konzept «Öffentlicher Regionalverkehr 2019–2024».
- erarbeitet Grundlagen zum energieeffizienten motorisierten Individualverkehr und erstellt ein Konzept zur Erhöhung des Anteils der Elektromobilität.
- stärkt den Wirtschaftsraum Thurgau mit zielgerichteter Promotion und durch Unterstützung kantonal bedeutender Vorhaben der Standortentwicklung.
- fördert die regionale Wertschöpfung mit den Instrumenten der Neuen Regionalpolitik (NRP) und mit Projekten Regionaler Entwicklung (PRE).
- präsentiert sich als Ferien- und Erholungsdestination mit Leuchtturmprojekten und einem passenden Angebot von Hotellerie und Gastronomie.
- berät Stellensuchende frühzeitig und unterstützt arbeitslose Personen mit arbeitsmarktlchen Massnahmen zur Erhaltung ihrer Arbeitsmarktfähigkeit.
- sensibilisiert die Unternehmen im Hinblick auf die Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze sowie die Wiedereingliederung älterer Arbeitskräfte.

- sichert die Qualität der landwirtschaftlichen Produktion durch Beratung und Kontrollen, unter Nutzung von Synergien mit Labelkontrollen.
- unterstützt Aktivitäten zur Absatzförderung regionaler und einheimischer Nahrungsmittel, auch unter Nutzung elektronischer Verkaufsplattformen.
- schafft gute Rahmenbedingungen für ein verstärktes Angebot in den Bereichen der Paralandwirtschaft.
- unterstützt die nationale Tiergesundheitsstrategie mit den Schwerpunkten Früherkennung und Überwachung sowie die Antibiotikastrategie.

4.2.3.3 Departement für Erziehung und Kultur

Der Kanton

- fördert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.
- erhöht die Tragfähigkeit der Schulen bezüglich Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bedarf.
- nutzt das Potenzial ausserschulischer Bildung und Betreuung durch die Vernetzung verschiedener Akteure.
- intensiviert die Begabungs- und Begabtenförderung durch konkrete Angebote.
- schöpft das Potenzial im Bereich der Berufs- und gymnasialen Bildung aus und begegnet so dem Fachkräftemangel.
- stellt die finanziellen und personellen Ressourcen der Berufsfachschulen im Hinblick auf den technologischen Fortschritt sicher.
- entwickelt ein kantonales Sport- und Freizeitanlagenkonzept (KASAK).
- stärkt die Vermittlungs- und Bildungsangebote mit Blick auf die demografische Entwicklung und die zunehmende kulturelle Diversität.
- fördert die Regionalträgerschaften der Kulturförderung und Kulturpflege und ermöglicht den niederschwelligen Zugang zu Kunst und Kultur für alle.

4.2.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit

Der Kanton

- setzt die neue Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes unter Straffung der Organisation sowie der Verfahren um.
- überprüft die Gefängnisstrukturen im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und die nationalen sowie internationalen Vorgaben.
- stellt sicher, dass ein ausreichendes Platzangebot für den Wegweisungsvollzug gemäss der Ausländer- und Asylgesetzgebung zur Verfügung steht.
- schafft optimierte regionale und kantonale Bevölkerungsschutzstrukturen.
- institutionalisiert die einheitliche Führung und Ausbildung der Partner im Sicherheitsverbund Thurgau.
- passt seine Feuerschutzgesetzgebung den aktuellen Verhältnissen an.
- stellt die technischen Informations- und Kommunikationssysteme der Einsatzkräfte langfristig sicher.
- setzt die revidierte Führerausbildung im Strassenverkehr (Opera3) um.
- überprüft seine Asylorganisation und die amtsübergreifenden Ressourcen im Hinblick auf eine allfällige Neustrukturierung des Asylwesens.
- unterstützt den Bund beim Ausbau von Standorten in seinem Zuständigkeitsbereich.

4.2.3.5 Departement für Bau und Umwelt

Der Kanton

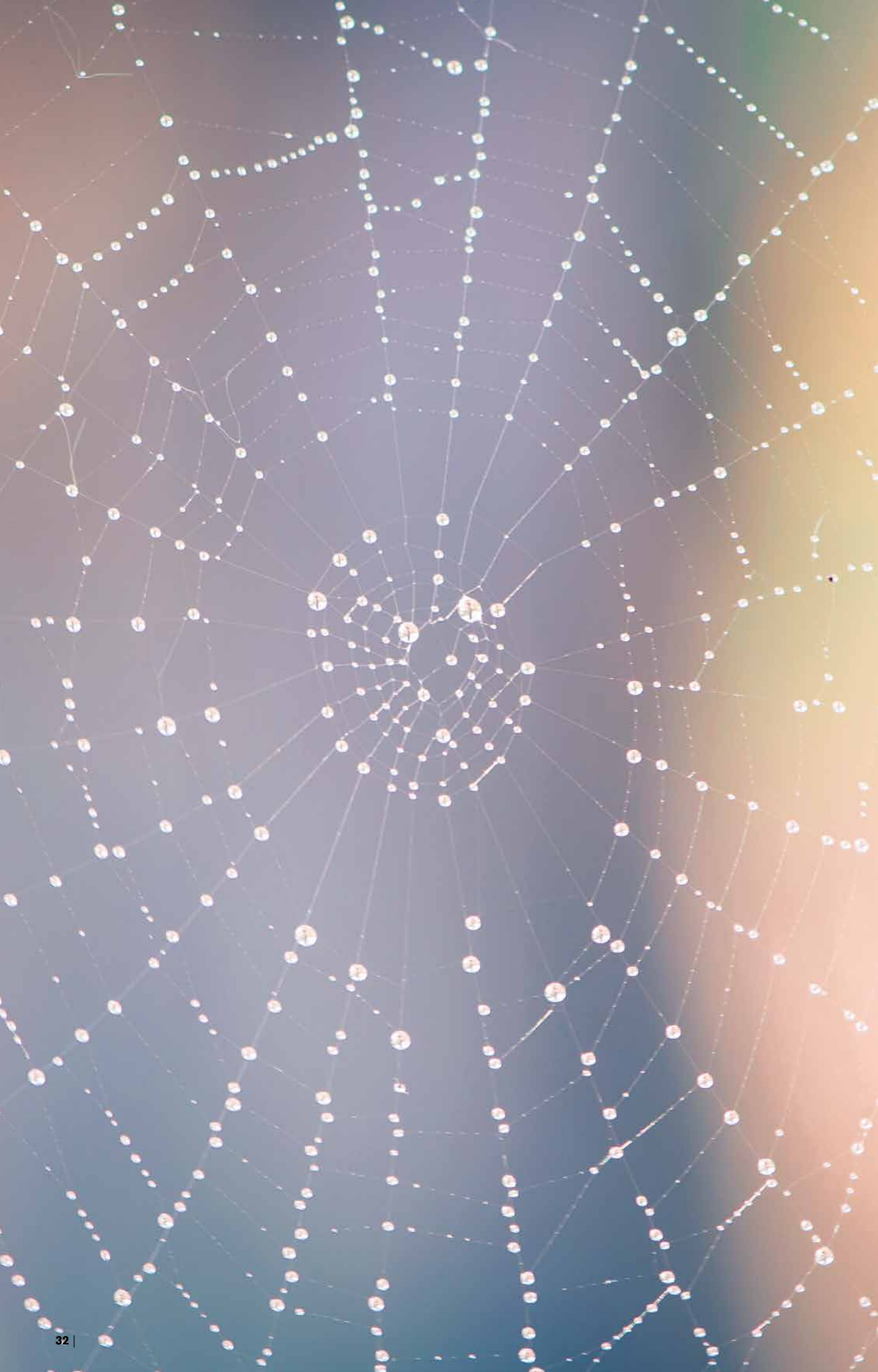
- erarbeitet einen dem neuen Bundesrecht entsprechenden kantonalen Richtplan, der den kantonalen Bedürfnissen Rechnung trägt.
- erarbeitet ein Konzept für die Siedlungsentwicklung nach innen.
- erarbeitet einen Leitfaden für «Gutes Bauen».
- erarbeitet das «Generelle Projekt» für die gesamte Strecke der BTS sowie das Vorprojekt für die OLS.
- aktualisiert sein Gesamtverkehrskonzept.
- passt mindestens 25 Bushaltestellen an die Anforderungen betagter sowie geh- und sehbehinderter Menschen an.

4.2.3.6 Departement für Finanzen und Soziales

Der Kanton

- strebt durch massvolles Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft zusätzliche Steuererträge und eine moderate Steuerbelastung an.
- unterstützt Massnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität der AHV.
- trägt mit einem auf die Eingliederung fokussierten Vollzug zur finanziellen Sanierung und Entschuldung der IV bei.
- unterstützt Revisionsvorschläge, welche die Minimierung des Risikos der Abhängigkeit von Ergänzungsleistungen im Alter zum Ziel haben.
- prüft auf kantonaler Ebene mit dem Pilotprojekt «Integrationsmassnahmen im EL-Bereich» Einsparungspotenzial.
- fördert im Gesundheitswesen die integrierte Versorgung und Vorsorge unter Berücksichtigung des Bundesrechts und der nationalen Strategien.
- nutzt die Planungsinstrumente und Konzepte zur Steuerung und Optimierung des Leistungsangebots in den Spitälern und in der Altersbetreuung.

- realisiert das stationäre und ambulante Platzangebot für Menschen mit Behinderung auf der Grundlage des Planungsberichts 2015 – 2020.
- setzt sich als voraussichtlicher Standortkanton eines Ausreisezentrums für eine massvolle Belastung seiner Finanzen und Strukturen ein.
- fördert für die zugewiesenen Personen aus dem Asylbereich einfache und wirkungsvolle Integrationsmassnahmen.
- nutzt die Sozialhilfe als unterstützendes Instrument für die Integration in den Arbeitsmarkt und zur wirtschaftlichen Selbständigkeit.





Schwerpunkte des Regierungsrates

Schwerpunkt 3 Ressourcen erhalten und entwickeln

4.3 Schwerpunkt 3: Ressourcen erhalten und entwickeln

4.3.1 Herausforderungen

Wirtschaftswachstum und steigende Bevölkerungszahlen erhöhen den Ressourcenverbrauch und verlangen innovative Gewinnungs- und Nutzungsformen knapper Ressourcen. Der Druck auf die natürlichen Lebensgrundlagen steigt. Auch der Klimawandel wird sich auf die Ressourcen und das Landschaftsbild des Kantons auswirken. Der Kanton Thurgau verfügt über intakte Lebensräume, sieht sich aber auch in die Dynamik naher Wirtschaftsräume eingebunden. Er steht im Widerstreit zwischen Öffnung des Raumes für Nutzungsentwicklungen und Erhaltung des

Raumes als Lebensgrundlage und Erholungsgebiet.

4.3.2 Ziel

Der Regierungsrat richtet sein Handeln darauf aus, die natürlichen Lebensgrundlagen, die Kulturlandschaft und gute Infrastrukturen zu erhalten und zu fördern.

Der Regierungsrat identifiziert für die Festlegung von Massnahmen unter anderen folgende Themenfelder:



4.3.3 Massnahmen

4.3.3.1 Staatskanzlei

Der Kanton

- wendet bei der Beschaffung im Büromaterial- und Büromöbelbereich anerkannte ökologische Standards an.

4.3.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Der Kanton

- erfasst die gut erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen und stellt Instrumente zur Suche nach geeigneten Liegenschaften zur Verfügung.
- fördert ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und den Anliegen von Ökologie, Gewässer- und Hochwasserschutz.
- verankert mit den neuen harmonisierten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) den aktuellen Stand der Technik.
- stärkt die Versorgungssicherheit auch unter Nutzung der eigenen Energieressourcen (Sonne, Wind, Holz, biogene Reststoffe, Geothermie).
- unterstützt die Optimierung der Stromnetze und deren Steuerung im Hinblick auf die zukünftig dezentralere Stromerzeugung (Smart Grid).
- erhöht die Rechtssicherheit im Grundstücksbereich durch den schrittweisen Ausbau des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen.
- erhöht die Sensibilisierung für den schonenden Umgang mit Ressourcen und für den verantwortungsbewussten Konsum von Lebensmitteln.
- unterstützt eine qualitativ hochstehende und tiergerechte Lebensmittelproduktion durch konsequente Kontrollen der Nutztierhaltungen.

4.3.3.3 Departement für Erziehung und Kultur

Der Kanton

- fördert den Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit.
- überprüft den Berufsauftrag für Lehrpersonen unter Einbezug möglicher Arbeitszeitmodelle.
- optimiert die Arbeitssituation für Schulleitungen und verbessert die Attraktivität des Berufes.
- erhält die Attraktivität und das Potenzial der PHTG mit einem Ergänzungsbau als Teil einer zweckmässigen Infrastruktur.
- sorgt mit einer Mittelschulstrategie für ein regional abgestimmtes, mindestens gleichbleibendes Angebot.
- nutzt mit gezielter MINT-Förderung die Potenziale und Ressourcen auf allen Bildungsstufen.
- sorgt für eine weitsichtige Infrastrukturplanung der Berufsfachschulen unter Berücksichtigung der demografischen und Arbeitsmarktentwicklung.
- stärkt die inner- und interkantonale Zusammenarbeit im Bibliotheksbereich.
- schafft bedarfsgerechte und zeitgemässe Museumsinfrastrukturen.
- fördert die Kulturangebote als Beitrag für die hohe Lebensqualität.
- schützt, erforscht und erschliesst die historischen Plätze, insbesondere des UNESCO-Welterbes der Pfahlbauten, zusammen mit den Gemeinden.

4.3.3.4 Departement für Justiz und

Sicherheit

Der Kanton

- schützt seine kritischen Infrastrukturen und überprüft die Massnahmenplanung der wirtschaftlichen Landesversorgung.
- stellt die Führungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen durch ein Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz sicher.
- passt die Vorsorgeplanung an die Risikoveränderungen an.
- passt seine Jagdgesetzgebung an das neue Bundesrecht und die Bedürfnisse aus der Praxis an.
- revidiert die Fischereigesetzgebung im Hinblick auf eine Senkung des Mindestalters zum Bezug von Fischereipatenten.
- führt die neuen Ausweisprodukte 2017 – 2019 unter Wahrung der bisherigen Grundversorgung ein.
- evaluiert den Standort für eine neue Jagdschiessanlage und stellt ihre Finanzierung sicher.

4.3.3.5 Departement für Bau und Umwelt

Der Kanton

- erlässt Schutzanordnungen für alle Biotope von nationaler Bedeutung.
- schafft ein weiteres Naturwaldreservat.
- orientiert sich bei seinen kantonalen Hochbauten zusätzlich zum gesetzlich vorgeschriebenen Minergie/Minergie-P-Standard am Minergie-Eco/Minergie-P-Eco-Standard.
- stellt sicher, dass weniger als zehn Prozent der Kantonsstrassen in einem kritischen oder schlechten Zustand sind.
- baut eine Kulturgüterschutzfachstelle auf und erstellt für die 50 wichtigsten Kulturgüter Notfallplanungen.

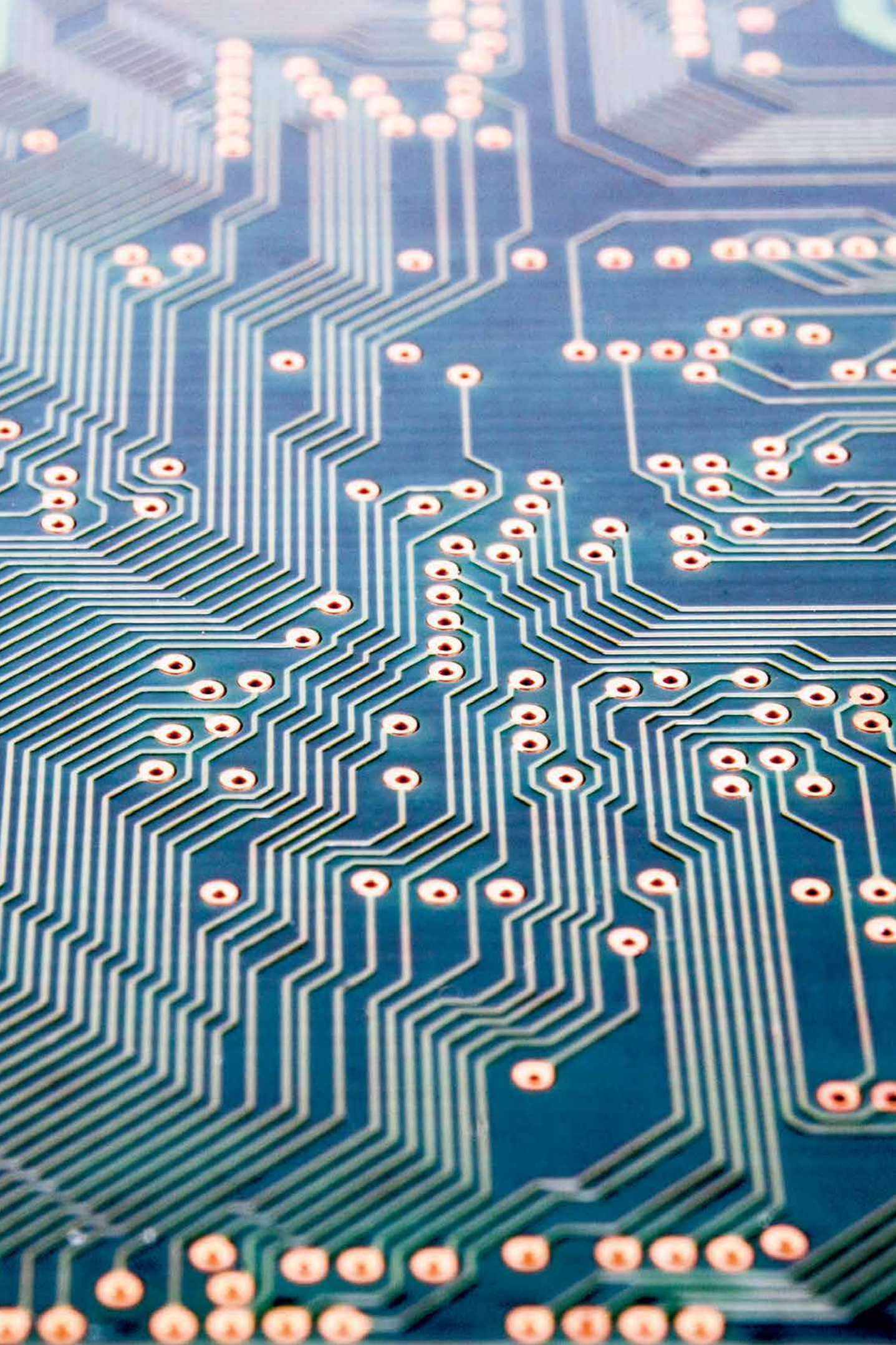
- revitalisiert acht Kilometer Fließgewässer.
- erstellt einen Aktionsplan zur Reduktion der Ammoniakemission aus der Landwirtschaft.
- erstellt ein Konzept für den Einsatz von Recyclingmaterial im Hoch- und Tiefbau.
- erarbeitet ein Thurrichtprojekt.
- stellt sicher, dass für die sanierungspflichtigen Wasserkraftwerke von Bund, Swissgrid und Kanton geprüfte Sanierungskonzepte vorliegen.
- nutzt bei den staatseigenen Liegenschaften bei finanzieller Tragbarkeit alternative Energien und achtet auf eine gute Energieeffizienz.

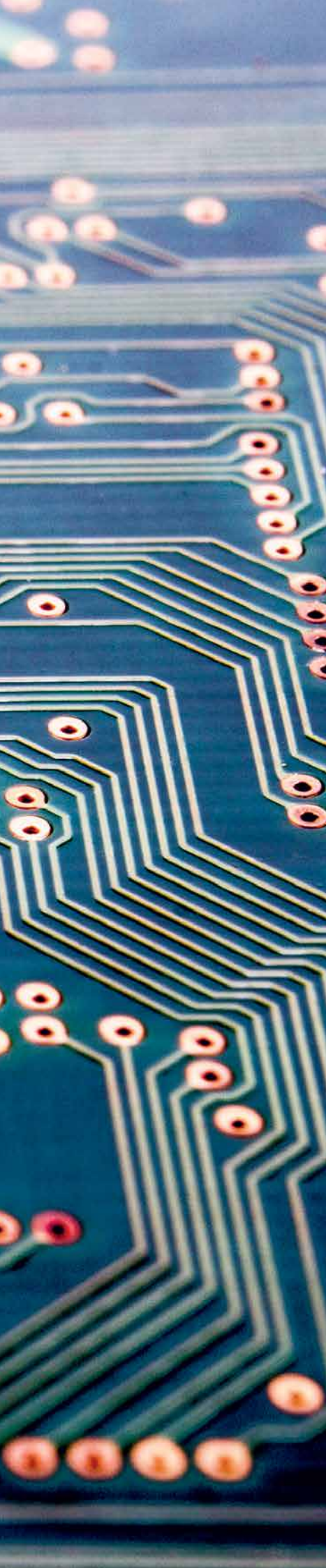
4.3.3.6 Departement für Finanzen und

Soziales

Der Kanton

- motiviert bei angemieteten Objekten die Eigentümer, alternative Energien einzusetzen und ist bereit, angemessen höhere Mietzinsen zu bezahlen.
- geht sorgfältig mit seinem Kantonsvermögen um und sichert sich die Kapitalmarktfähigkeit und den finanziellen Handlungsspielraum.
- fördert mit dem Kompetenzbündel «Thurgau Gesundheit» die Wahrnehmung und Profilierung eines «gesunden Thurgaus» als Lebens- und Arbeitsraum.
- fördert die Umsetzung von Ideen für betriebliche Verbesserungen durch ein flächendeckendes, unbürokratisches Ideenmanagement auf Amts- und Betriebsebene.





Schwerpunkte des Regierungsrates

Schwerpunkt 4 Wissen und Können erschliessen und nutzen

4.4 Schwerpunkt 4: Wissen und Können erschliessen und nutzen

4.4.1 Herausforderungen

Nach wie vor stehen Aus- und Weiterbildung aller Bevölkerungsgruppen unter hoher Dynamik, gerade auch im Rahmen der sich verändernden Bevölkerungszusammensetzung. Informations- und Kommunikationstechnologie gewinnen als Schlüsseltechnologien weiter und für alle an Bedeutung. Im Arbeitsmarkt verschärft sich die Konkurrenz um genügend und spezialisierte Arbeitskräfte, auch für den Kanton als Arbeitgeber.

4.4.2 Ziel

Der Regierungsrat eröffnet Jugendlichen und Erwachsenen den technischen und praktischen Zugang zu Wissensgesellschaft und Arbeitswelt.

Der Regierungsrat identifiziert für die Festlegung von Massnahmen unter anderen folgende Themenfelder:



4.4.3 Massnahmen

4.4.3.1 Staatskanzlei

Der Kanton

- schafft die Voraussetzungen für die Erweiterung der rechtlichen Grundlagen für die öffentliche Statistik.
- ermöglicht, mit E-Government vermehrt Dienstleistungen orts- und zeitunabhängig zu nutzen.
- nutzt die technischen Möglichkeiten im Bereich der Kommunikation.
- bietet E-Voting für Auslandschweizer Stimmberechtigte an und prüft die Ausweitung auf das Inlandelevatorat.
- stellt der Öffentlichkeit schrittweise geeignete Daten nach den Anforderungen von Open Government Data (OGD) zur Verfügung.

4.4.3.2 Departement für Inneres und Volkswirtschaft

Der Kanton

- offeriert einen Archivdienst für Gemeinden mit breitem Angebot bezüglich Aktenführung und Archivierung im elektronischen Zeitalter.
- aktualisiert seine vom Staatsarchiv veröffentlichte Archivdatenbank laufend und erschliesst weitere Bestände aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
- unterstützt die Bestrebungen des Bundes im Bereich E-Government und stellt die erforderlichen IT-Sicherheitsinfrastrukturen zur Verfügung.
- stellt die Daten der kantonalen Energiestatistik in grafisch aufbereiteter und elektronisch abrufbarer Form öffentlich zur Verfügung.
- stellt seine Geodaten der Bevölkerung, der Wirtschaft und den öffentlichen Verwaltungen in zeitgemässer Qualität und Form zur Verfügung.
- stärkt die Innovationskraft mit Angeboten in den Bereichen Wissens- und Technologietransfer.

- prüft die geodatenbasierte Erfassung von landwirtschaftlichen Flächen, Hang- und Steillagen sowie Kulturen.
- ermöglicht mit attraktiver Aus- und Weiterbildung die Nachfolge auf den Landwirtschaftsbetrieben und begleitet den Generationenwechsel beratend.

4.4.3.3 Departement für Erziehung und Kultur

Der Kanton

- unterstützt die Elternbildungsorganisationen bei der Bereitstellung von Angeboten und spricht dabei insbesondere auch Migrantenfamilien an.
- führt den Lehrplan Volksschule Thurgau ein und begleitet die Schulgemeinden bei der Umsetzung bedarfsgerecht.
- festigt und optimiert die ICT-Strukturen zwischen Schulgemeinden und Kanton.
- fördert die Clusterbildung im Wissens- und Hochschulraum Ostschweiz und Bodensee sowie den Wissens- und Technologietransfer.
- setzt die Anstrengungen zur Gewinnung von Fachkräften und zur Verminderung des Brain Drains gezielt fort (Projekt «Talente für den Thurgau»).
- überprüft, ob bedürftige Jugendliche mit Stipendien und Darlehen noch besser erreicht werden können.
- entwickelt die Berufsfachschulen zu starken Kompetenzzentren mit klaren Profilen im Bereich der beruflichen Grundbildung und der Weiterbildung.
- entwickelt Fördermodelle für Sporttalente in Zusammenarbeit mit Vereinen, Schulen und Betrieben weiter.
- baut das digitale Angebot im Bereich Thurgoviana (E-Thurgoviana) und im wissenschaftlichen Bereich aus.
- stärkt die kantonalen Museen und die Kantonsbibliothek als Orte der Wissensvermittlung und des lebenslangen Lernens.
- erweitert die Kulturvermittlungsangebote (kklick.ch, thurgaukultur.ch) bedarfsgerecht.

4.4.3.4 Departement für Justiz und Sicherheit

Der Kanton

- unterstützt das Projekt der KKJPD zur Harmonisierung der Informatik im Bereich der Strafjustiz.
- unterstützt das Projekt der KKJPD zur Harmonisierung der Polizeiinformatik.
- erarbeitet ein zweites kantonales Integrationsprogramm (KIP 2) für die Periode 2018–2021 und schliesst eine neue Programmvereinbarung ab.
- schützt und berät seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und diejenigen der Gemeindebehörden bei bedrohlichen und gefährlichen Situationen (GABM).
- führt ein systematisches Wissensmanagement im Bereich Bevölkerungsschutz ein und fördert dessen Weiterentwicklung.
- erschliesst eine bürgernahe Kommunikation mittels E-Police.

4.4.3.5 Departement für Bau und Umwelt

Der Kanton

- erarbeitet die Grundlagen für den Entscheid über den Aufbau eines eigenen Verkehrsmodells.
- erschliesst das denkmalpflegerische Fotoarchiv und die Kunstdenkmälerbände elektronisch und stellt sie der Öffentlichkeit zur Verfügung.

4.4.3.6 Departement für Finanzen und Soziales

Der Kanton

- konsolidiert seine gute Position auf dem sich verschärfenden Arbeitsmarkt durch weiterhin attraktive Anstellungsbedingungen.
- stellt in seiner Verwaltung sowohl für Berufslernende als auch für Praktikanten qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung.
- fördert die Entwicklungsmöglichkeiten für Fachpersonen als Alternative zur Führungskarriere.
- fördert weiterhin für sein Personal die Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Dienstreisen und den Arbeitsweg.
- fördert mit dem Bildungslehrgang Pflege HF den Nachwuchs in den Pflegeberufen.
- begegnet dem sich abzeichnenden Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten mit dem Praxisassistentenprogramm und der Prüfung integrierter Versorgungsansätze.





Anhang

5. Anhang

5.1 Rückblick RRL 2012 – 2016

Legende zur Ampelbewertung:

- Massnahmen per Ende Legislatur umgesetzt
- Massnahmen per Ende Legislatur teilweise umgesetzt
- Massnahmen per Ende Legislatur nicht umgesetzt

Schwerpunkte des Regierungsrates: 1. Stellung im Wettbewerb stärken

Ziel: Der Regierungsrat stärkt die Stellung des Kantons Thurgau im Wettbewerb und ermöglicht mit optimalen Rahmenbedingungen eine qualitativ und quantitativ nachhaltige Entwicklung für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton fördert das Arbeitsplatzwachstum mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze in bestehenden Unternehmen und mit der Ansiedelung neuer Betriebe.	●	
Der Kanton fördert insbesondere die Ansiedelung von Wirtschaftszweigen, welche insbesondere ressourcenschonende, nachhaltige und innovative Produkte entwickeln.	●	
Der Kanton achtet auf einen KMU-freundlichen Gesetzesvollzug.	●	

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton bietet sich als attraktiver Arbeitsmarkt für inländische und gut qualifizierte ausländische Arbeitskräfte an. Mit arbeitsmarktlichen Massnahmen beschleunigt er Wiedereingliederungsprozesse und hilft, arbeitslose Personen arbeitsmarktfähig zu halten, beziehungsweise zu qualifizieren.	●	Das Sozialversicherungszentrum Thurgau (SVZ TG) optimiert die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern, um die Versicherungsnehmer noch schneller in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Übrigen erfüllen die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) in Zusammenarbeit mit der Abteilung Arbeitsmarktliche Massnahmen und der Arbeitslosenkasse diesen Auftrag fortlaufend.
Der Kanton sorgt mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur für eine optimale Verbindung zwischen den Regionen und zu den kantonalen und ausserkantonalen Wirtschaftsräumen sowie für eine Entlastung der Städte und Dörfer zur Verbesserung der Lebensqualität.	●	Das «Generelle Projekt» der 1. Etappe der BTS ist technisch fertig bearbeitet. Die Projektübergabe an den Bund erfolgt nach Inkraftsetzung des Bundes-Netzbeschlusses. Das generelle Projekt der 2. und 3. Etappe der BTS und das Vorprojekt der OLS werden 2016 aufgenommen. Im KRP wurden die entsprechenden Grundlagen geschaffen. An verschiedenen Orten wurden Betriebs- und Gestaltungskonzepte ausgearbeitet, mit Frauenfeld wurde ein Mobilitätskonzept 2030 entwickelt, in Bischofszell wurde eine Machbarkeitsstudie zur Stadtentlastung erarbeitet, in Sirnach wurde der Beitragskredit zur Spange Hofen genehmigt
Der Kanton stärkt seine Stellung als attraktiver Bildungs-, Arbeits-, Lebens- und Erholungsraum durch ein breit gefächertes Bildungs-, Kultur und Sportangebot sowie durch familienfreundliche Angebote.	●	
Der Kanton bekämpft mittels einer vernetzten Zusammenarbeit zwischen Migrationsamt, Arbeitsinspektorat, Tripartiter Kommission, Kantonspolizei und Grenzwachtkorps Wettbewerbsbeeinträchtigungen durch Dumping und Schwarzarbeit.	●	

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton sorgt durch eine systematische Auswertung der Kriminal- und Verkehrsunfallstatistik und darauf basierenden gezielten Massnahmen für stabil tiefe Kriminalitätsraten und Unfallzahlen.	●	
Der Kanton stellt eine zukunftsgerichtete und wettbewerbsfähige Infrastruktur für das Gesundheits- und Bildungswesen bereit.	●	
Der Kanton etabliert die Ressourceneffizienz und die Nachhaltigkeit von Betrieben als zusätzliches Kriterium bei der Darstellung des Erfolgs der Thurgauer Wirtschaft.	●	
Der Kanton zeigt seine Präsenz in anderen Kantonen und im benachbarten Ausland weiterhin mit Auftritten an Veranstaltungen und Ausstellungen.	●	
Der visuelle Auftritt des Kantons als Konzern ist auf allen Kommunikationsebenen einheitlich.	●	

Schwerpunkte des Regierungsrates: 2. Thurgau entwickeln – Thurgau bleiben

Ziel: Der Regierungsrat sorgt für die Erreichung der Zielsetzungen gemäss kantonalem Richtplan mit bestehenden und allfällig ergänzenden Steuerungsinstrumenten.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton setzt den Richtplan um, hinterfragt Erweiterungen der Bauzonen kritisch und fördert innere Verdichtung und Siedlungserneuerung.		
Der Kanton stärkt den ländlichen Raum im Thurgau, schafft gute strukturelle Voraussetzungen für den Erhalt und die Bewirtschaftung des Kulturlandes durch die Landwirtschaft und bedient die besiedelten Gebiete mit einer zukunftsgerichteten Erschliessung.		
Der Kanton verstärkt die grenzüberschreitende Kooperation in der Ostschweiz und in der Region Bodensee, insbesondere auch im Bereich von Bildung und Forschung.		Massnahme grösstenteils umgesetzt. Im Bereich der Berufsbildung gibt es noch Ausbaupotenzial (z. B. Projekt «XChange»).
Der Kanton fördert und unterstützt Massnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Kultur- und Tourismus Anbietern.		
Der Kanton erarbeitet ein Langsamverkehrskonzept und ein Güterverkehrskonzept.		Das Langsamverkehrskonzept wird Ende 2016 erarbeitet sein.
		Die Erarbeitung des Güterverkehrskonzepts wurde nicht ausgelöst, weil die Grundlagen des Bundes erst 2016 vorliegen werden.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton trifft Massnahmen zur Verbesserung der Langsamverkehrsplanung und zur verstärkten Koordination von motorisiertem Individualverkehr (MIV), öffentlichem Verkehr (ÖV) und Langsamverkehr (LV), was neben organisatorischen Anpassungen auch zusätzliche Ressourcen benötigen wird.		Mit dem Langsamverkehrskonzept werden die Schwachstellen im Kanton erhoben. Die Behebung ist eine Aufgabe der nächsten Legislatur.
Der Kanton engagiert sich für die Durchführung der nächsten Landesausstellung im Raum Bodensee-Ostschweiz (Expo Bodensee-Ostschweiz 2027).		
Der Kanton ergänzt die Grundlagen des Finanzausgleichs mit Anreizsystemen zur Förderung der Zielsetzungen des kantonalen Richtplans.		
Der Kanton erarbeitet ein Konzept zur Förderung und Steuerung des Baus von höheren Häusern und Hochhäusern.		
Der Kanton setzt sich für eine qualitative Entwicklung des ländlichen Raums ein.		
Der Kanton setzt sich für eine angemessene Verteilung der Lasten aus dem Betrieb des Flughafens Zürich ein.		Der Kanton hat seine Position im Rahmen von Vernehmlassungen konsequent vertreten. Die nächsten Schritte sind abhängig von der Ratifizierung des Staatsvertrages mit Deutschland.

Schwerpunkte des Regierungsrates: 3. Demografische Herausforderungen bewältigen

Ziel: Der Regierungsrat erkennt die Fragenkomplexe, benennt die Handlungsfelder und stellt sich den Auswirkungen der demografischen Herausforderung.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton trägt dem erhöhten Bedarf an Pflege- und Betreuungspersonal Rechnung, indem er die Voraussetzungen für zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze schafft.	●	Das Projekt in der Nachwuchsförderung der Pflege (HF 25plus) ist aufgrund der Nachfrage seitens der Betriebe bis 2019 verlängert worden.
Der Kanton erweitert die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik mit einer ganzheitlichen Generationenpolitik und schafft die Grundlagen dazu.	●	Mit dem Folgekonzept für ein koordiniertes Vorgehen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Kantons Thurgau 2014–2018 liegen erste Grundlagen vor.
Der Kanton trägt mit kulturellen Angeboten und Projekten dazu bei, sich mit Fragen der Identität, der Integration und der sozialen Veränderungen auseinanderzusetzen.	●	Die Erarbeitung einer kantonalen Museumsstrategie läuft noch.
Der Kanton setzt die im Zusammenhang mit der Revision des ZGB in den Bereichen Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht notwendig gewordenen kantonalen Rechtsänderungen rechtzeitig in Kraft und gewährleistet durch entsprechende personelle sowie infrastrukturelle Massnahmen deren Umsetzung.	●	
Der Kanton erstellt ein Gesamtprogramm zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern und schliesst mit dem Bundesamt für Migration (BFM) für die Jahre 2014 ff. eine Programmvereinbarung ab.	●	

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton begegnet dem sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Fachleuten durch eine Beibehaltung der hohen Attraktivität als Arbeitgeber.		Die Arbeitgebermarke «TG» konnte erfolgreich lanciert werden. Eine Lohngleichheitsstudie belegt die Einhaltung des Gleichstellungsgebotes. Infolge der notwendigen Sanierung der Pensionskasse Thurgau ergeben sich im Leistungsbereich Einbussen.
Der Kanton versteht sich als Vorzeigeunternehmen bezüglich Dienstleistungsfähigkeit, Kundenorientierung, Unternehmenskultur und Personalförderung.		
Der Kanton berücksichtigt die altersspezifischen Unterschiede der Bevölkerung in seinen Angeboten und in seiner Kommunikation.		

Schwerpunkte des Regierungsrates: 4. Energieversorgung und Ressourcen langfristig sichern

Ziel: Der Regierungsrat schafft die Rahmenbedingungen für eine Erhöhung der Energieeffizienz, eine vermehrt lokale, diversifizierte und auf erneuerbare Energien beruhende Energieproduktion und einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton treibt die Umsetzung des Konzepts zur verstärkten Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz weiter voran und erarbeitet insbesondere Massnahmen im Hinblick auf die Nutzung der Geothermie sowie eine Verbesserung der Effizienz bei der Elektrizitätsnutzung.		Die Massnahmen des Konzepts «Verstärkte Förderung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz» sind in der Umsetzung. Insbesondere bei der Stromeffizienz werden weitere Schritte eingeleitet.
Der Kanton unterstützt die neue Energiepolitik des Bundes und erstellt ein kantonales Konzept zur zukünftigen Stromversorgung und zur effizienten Energienutzung.		
Der Kanton setzt sich dafür ein, dass – unter Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse – der Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft in der ganzen Wertschöpfungskette grosse Bedeutung zugemessen wird.		Der Kanton Thurgau hat sich zusammen mit der Stadt Frauenfeld als Netzwerkstandort des Nationalen Innovationsparks mit dem Schwerpunkt Agro Food Innovation beworben. Die Bewerbung wurde allerdings nicht berücksichtigt.
Der Kanton definiert die kritischen Infrastrukturen, stellt deren Schutz durch geeignete Sicherheits- und Notfallkonzepte sicher und überprüft periodisch die Massnahmenplanung der wirtschaftlichen Landesversorgung.		Ein Projekt betreffend Schutz kritischer Infrastrukturen (national/kantonal) wurde gestartet.
Der Kanton prüft die Schaffung neuer Rechtsgrundlagen betreffend Nutzung des Untergrunds.		

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton baut innovativ und ökologisch, nutzt alternative Energien und strebt die Einhaltung der höchsten Energiestandards an.	●	
Der Kanton sichert die Qualität der Ressourcen Boden, Luft, Wasser und Wertstoffe durch einen konsequenten Vollzug des Umweltrechts mit Augenmass.	●	
Der Kanton engagiert sich in der Wissensvermittlung für einen nachhaltigen Umgang mit Energie und anderen Ressourcen.	●	

Schwerpunkte des Regierungsrates: 5. Sicherheit gewährleisten

Ziel: Der Regierungsrat stellt die organisatorischen und instrumentellen Mittel bereit, um die Sicherheit und den Schutz von Menschen, Tieren und Sachen angemessen zu gewährleisten.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton fördert den Dialog zwischen den Kulturen, Religionen und Generationen mit dem Ziel, Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.		
Der Kanton trägt dem aktuellen Gesellschaftsverhalten (24-h-Gesellschaft), der veränderten Gewaltbereitschaft und der höheren Mobilität Rechnung und sorgt durch vermehrte Schwerpunktbildung im Rahmen der Interventionen der Polizei und erhöhten Kontrolldruck dafür, dass sich die Bevölkerung unbedroht bewegen kann.		
Der Kanton überprüft die Organisation des Zivil- und Bevölkerungsschutzes und sorgt für zweckmässig organisierte und ausgerüstete Zivilschutzregionen und Führungsstäbe, die den Anforderungen des Sicherheitsverbundes Schweiz und Ostschweiz entsprechen.	 	Für die Umsetzung der neuen Zivilschutzregionen auf Bezirksebene wurde den Gemeinden eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2017 eingeräumt. Die Arbeiten auf Gemeindeebene sind im Gange. Die Überprüfung des Systems Bevölkerungsschutz und der kantonalen Rechtsgrundlagen dazu wird für die Legislaturperiode 2016 – 2020 vorgesehen.
Der Kanton minimiert soweit als möglich gesundheitliche Risiken, welche durch die Belastung der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft entstehen können.		

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton erarbeitet das Thurrichtprojekt 2012 und nimmt die daraus abgeleiteten prioritären Massnahmen in Angriff.		Der Entwurf für das Thurrichtprojekt ist erstellt. Die Vernehmlassung ist auf den Sommer 2016 geplant. Das angepasste Hochwasserschutzprojekt Weinfelden-Bürglen wurde vom Grossen Rat genehmigt. Dagegen wurden Rechtsmittel ergriffen.
Der Kanton stellt den Gemeinden die Grundlagen zur Erkennung von Naturgefahren zur Verfügung und unterstützt sie bei der Prävention und Umsetzung.		
Der Kanton bekämpft das Littering energisch durch Erarbeitung einer Mehrfachstrategie (Information, Schulung, Repression, Sauberhaltungsmassnahmen).		
Der Kanton sorgt für einen zweckmässigen Umgang mit Neobiota, insbesondere den Neophyten.		Ein Strategie- und Umsetzungskonzept 2013–2016 wurde erstellt, die Umsetzung läuft an. Alle Gemeinden verfügen über eine Neobiota-Ansprechperson. Die notwendigen Informations- und Beratungsstrukturen, inklusive einer unterstützenden App auf Smartphones, stehen zur Verfügung.

Schwerpunkte des Regierungsrates: 6. e-TG

Ziel: Der Regierungsrat nutzt die Chancen der elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologie und ist ein attraktiver Partner für alle föderalen Stufen.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton stellt die notwendige Infrastruktur für Government-2-Government-Lösungen durch ein Personenregister (Einwohnerregister-Replikat ergänzt um weitere Personenkategorien) und eine elektronische Verbindung der Personendaten mit Grundstücken und Gebäuden sicher.	●	
Der Kanton prüft die Vereinfachung administrativer Abläufe durch Nutzung der Unternehmens-Identifikationsnummer.	●	
Der Kanton strebt auch in den ländlichen Gebieten den Anschluss der Wohn- und Gewerbeliegenschaften an ein Glasfasernetz an.	●	Mit Informationsveranstaltungen des Verbands Thurgauer Gemeinden (VTG) wurden die Gemeinden für dieses Thema sensibilisiert. Planung und Bau der entsprechenden Netze schreiten in diversen Gemeinden voran.
Der Kanton nimmt als Pilotkanton an der ersten Etappe des Bundesprogramms zur Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) teil.	●	
Der Kanton überzeugt mit einem neuen, zeitgemässen Internetauftritt.	●	Das Projekt für die Überarbeitung des Internetauftritts ist im Gang. Erste neue Internetauftritte wurden im Frühjahr 2016 realisiert. Abschluss des Projekts ist voraussichtlich im zweiten Semester 2017.

Massnahmen zur Zielerreichung	Status	Bemerkungen
Der Kanton setzt die neuen Medien (Social Media) zielgruppenbewusst und effizient ein.	●	
Der Kanton schafft die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für die in den schweizerischen Prozessgesetzen, im Schulbetreibungs- und Konkursrecht sowie im thurgauischen Verwaltungsrechtspflegegesetz vorgesehene rechtsgültige elektronische Übermittlung von Dokumenten zwischen den Behörden und der Bevölkerung.	●	
Der Kanton unterstützt das von der Konferenz der Kantonalen Justiz und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) verabschiedete Projekt zur Harmonisierung der Polizeiinformatik.	●	Das Projekt ist noch im Gang. Es wird auch für die Legislaturperiode 2016 – 2020 vorgesehen.

5.2 Wichtige Bundesvorhaben mit Auswirkung auf die Kantone

Dep.	Bezeichnung der Gesetzesvorlage	Rechts- grundlage	Geplantes Inkrafttreten
DIV	Energiestrategie 2050	SR 641.71 SR 730.0 SR 732.1	2017/2018
DEK	Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG)	SR 419.1	01.01.2017
DJS	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz, BüG)	SR 141.0	01.01.2018
DJS	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz; AuG; Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative, Bestimmungen zur Integration)	SR 142.20	09.02.2017
DJS	Asylgesetz (AsylG; Neustrukturierung Asylwesen)	SR 142.31	01.01.2019
DJS	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB; Übernahme Infostar durch den Bund)	SR 210	01.01.2017
DJS	Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB; Umsetzung Ausschaffungsinitiative)	SR 311.0	01.01.2017
DJS	Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB; neues Sanktionenrecht)	SR 311.0	01.01.2018
DJS	Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB; Umsetzung Pädophileninitiative)	SR 311.0	01.01.2019
DJS	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG; Weiterentwicklung der Armee)	SR 510.10	01.01.2018

Dep.	Bezeichnung der Gesetzesvorlage	Rechts- grundlage	Geplantes Inkrafttreten
DJS	Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG)	SR 520.1	01.01.2019
DJS	Strassenverkehrsgesetz (SVG)	SR 741.01	01.01.2017
DBU	Netzbeschluss / NAF	SR 725.116.2	2018
DBU	Aktionsplan Biodiversität	offen	offen
DBU	Gewässerschutzverordnung (GSchV)	SR 814.201	offen
DBU	Raumplanungsgesetz II	SR 700	offen
DBU	Aktionsplan Neobiota	offen	offen
DFS	Unternehmenssteuerreform III	SR 642.11 SR 642.14	01.01.2019
DFS	Bundesgesetz über die Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens	SR 642.11 SR 642.14	01.01.2018
DFS	Bundesgesetz über die Gewinnbesteuerung von juristischen Personen mit ideellen Zwecken	SR 642.11 SR 642.14	01.01.2018
DFS	Bundesgesetz über eine Anpassung des DBG und des StHG an die Allgemeinen Bestimmungen des StGB	SR 642.11 SR 642.14	01.01.2017
DFS	Bundesgesetz über das Schuldner- und das Zahlstellenprinzip bei der Verrechnungssteuer (zurzeit sistiert)	SR 624.21	01.01.2020
DFS	Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge	offen	01.01.2020

Dep.	Bezeichnung der Gesetzesvorlage	Rechts- grundlage	Geplantes Inkrafttreten
DFS	Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (ELG)	SR 831.30	offen
DFS	Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)	SR 818.101	01.01.2016
DFS	Bundesgesetz über das elektronische Patienten-dossier	BBi 2015 4865	1. Halbjahr 2017
DFS	Wirksamkeitsbericht NFA 2016–2019		2020

5.3 Geplante kantonale Gesetzesvorhaben

Dep.	Bezeichnung der Gesetzesvorlage	Rechts- grundlage	Geplantes Inkrafttreten
DIV	Gesetz über die Energienutzung (EnG)	RB 731.1 MuKEN 2014	2017/2018
DIV	Gesetz über Aktenführung und Archivierung		2018
DJS	Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG)	RB 141.1	01.01.2018
DJS	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB)	RB 210.1	01.01.2018
DJS	Gesetz über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG)	RB 271.1	01.01.2018
DJS	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafrecht (EG StGB)	RB 311.1	01.01.2018
DJS	Gesetz über die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen (AOLG)	RB 530.1	01.01.2018
DJS	Gesetz über den Feuerschutz (FSG)	RB 708.1	01.01.2020
DJS	Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (JG)	RB 922.1	01.01.2018
DJS	Gesetz über die Fischerei (FiG)	RB 923.1	01.01.2018
DJS	Gesetz über die Gebäudeversicherung (Gebäudeversicherungsgesetz, GebG)	RB 956.1	01.01.2020

Dep.	Bezeichnung der Gesetzesvorlage	Rechts- grundlage	Geplantes Inkrafttreten
DBU	Gesetz über den Wasserbau und den Schutz vor gravitativen Naturgefahren (Totalrevision des Gesetzes über den Wasserbau)	RB 721.1	01.01.2018
DBU	Gesetz über Strassen und Wege (Teilrevision)	RB 725	offen
DBU	Verordnung des Regierungsrates zur Umweltverträglichkeitsprüfung (RRV UVPV)	RB 814.011	offen
DBU	Gesetz über die Abfallbewirtschaftung (Teilrevision)	RB 814.04	offen
DBU	Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Natur und der Heimat (Teilrevision)	RB 450.1	01.01.2017
DBU	Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen; Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen; Verordnung zum Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (Totalrevisionen)	RB 720.1 / 720.2 / 720.21	offen
DFS	Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern / Umsetzung der Bundesvorhaben	RB 640.1	offen
DFS	Gesetz über die Familienzulagen	RB 836.1	01.01.2018

